

II— 788 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

XIII. Gesetzgebungsperiode

1010 Wien, den 4. Mai 1972

Stubenring 1
Telephon 57 56 55

Zl. 50.004/15-4/o/1/72

323 /A.B.
zu 342 /J.
Präs. am 9. Mai 1972

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Dr. Schmidt,
Dr. Scrinzi und Genossen an die Frau Bundes-
minister für Gesundheit und Umweltschutz
betreffend Luftverschmutzung im Raum von
Wien (Nr. 342/J-NR/1972)

In der vorliegenden Anfrage werden an die Frau Bundes-
minister für Gesundheit und Umweltschutz folgende Fragen
gerichtet:

1. Welche Maßnahmen werden Sie angesichts der be-
sorgniserregenden Luftverschmutzung im Raum von Wien
ergreifen ?

2. Was werden Sie insbesondere veranlassen, um
a) zu einer Entgiftung der Luft in der Wiener
Innenstadt beizutragen,
b) darauf hinzuwirken, daß Neubauten solche
Heizanlagen erhalten, die keine zusätzliche
Luftverschmutzung verursachen ?

3. Wie lautet das konkrete Ergebnis Ihrer Bemühungen
in den beiden oben dargestellten Fällen ?

In Beantwortung dieser Anfrage teile ich mit:

Zu 1.:

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz
wird im Rahmen seiner Koordinationskompetenz auf alle
Bundesministerien insbesondere dahingehend Einfluß nehmen,
Sorge zu tragen, daß objektiv feststellbare Emissionen
durch bundeseigene Heizungseinrichtungen möglichst ver-
hindert werden.

Zu 2.:

a) Im Kampf gegen die Luftverschmutzung kommt zentralen Energieversorgungsanlagen besondere Bedeutung zu. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz wird daher seinen Einfluß dahin geltend machen, daß möglichst adäquate Fernheizanlagen errichtet und technisch optimal ausgelegt werden, um Einzelfeuerungsstätten im Stadtkern nach und nach ersetzen zu können. In gleicher Weise wird das Augenmerk auf eine vermehrte Verwendung von Erdgas bzw. elektrischer Energie gerichtet werden müssen.

b) Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz wird im besonderen bestrebt sein, daß bei Neubauten, die aus öffentlichen Mitteln gefördert werden, nur Heizanlagen installiert werden; die keine oder eine bloß minimale Luftverunreinigung verursachen.

Zu 3.:

In Anbetracht der Tatsache, daß das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz erst vor einigen Monaten errichtet worden ist, die Probleme der Herabsetzung der Luftverunreinigung in städtischen Ballungsgebieten überaus komplexer Natur sind und demgemäß Lösungen nur schrittweise und im Rahmen von Langzeitprogrammen erreicht werden können, liegt es auf der Hand, daß die Bemühungen meines Ministeriums noch nicht in konkreten Ergebnissen ihren Niederschlag gefunden haben.

Der Bundesminister:

